

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Abgeordnete,

in zwei Prozessen am **25. Januar 2011** und am **20. Februar 2011** haben hohe türkische Gerichte entschieden, dass das **Kloster Mor Gabriel** große Teile seines Besitzes an das türkische staatliche Schatz- bzw. Forstamt abzutreten haben. Ein weiterer Prozess war für den **4. Mai 2011** anberaumt worden.

Das im Jahre 397 n. Chr. erbaute Kloster Mor Gabriel gehört zu den ältesten Stätten des christlichen Glaubens in der Türkei. Es ist die letzte geistliche Zufluchtsstätte der Christen in Südostanatolien. Dieses Kloster ist der lebendige Beweis der Existenz des Christentums in der Türkei weit vor dem Anfang des Islam als Religion im Jahre 622 n. Chr. Vor 100 Jahren lebten ca. 950.000 assyrische Christen im Tur Abdin und in dem Hakari-Gebiet, 1960 zählte man noch 350.000 Christen im Tur Abdin, 1974 waren es noch 250.000 und bis 1990 ging die Zahl auf nur noch 15.000 Christen zurück. Die immer kleiner werdende Zahl der wenigen verbliebenen Christen lebt mit der Angst und unter schwierigen Umständen. Die nun eingeleiteten Prozesse von Nachbargemeinden und Privatpersonen basieren teils auf dem absurden Vorwurf, vor dem Bau des Klosters habe auf dem Gelände eine Moschee gestanden und daher habe das Kloster die angeblich geraubten Güter zurückzugeben.

Die bisher getroffenen Entscheidungen gehen weit über eine juristische Auseinandersetzung um Ländereien zwischen beliebigen Streitpartnern hinaus, sie greifen die Grundfesten der Toleranz des türkischen Staates gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten an und lassen Achtung und den Willen zur Verständigung mit anderen Kulturkreisen vermissen.

Am 30. März 2011 hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayip Erdogan den Patriarchen der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien, Mor Ignatius Zakai Iwaz, der von Bischöfen aus Syrien und der Türkei und dem Rechtsanwalt des Klosters Mor Gabriel begleitet wurde, empfangen. Erdogan machte den Kirchenmännern deutlich, dass sie den Abschluss der Prozesse abwarten müssten. Je nachdem wie sie ausgingen, könne man dann auf das Kloster zugehen und die strittigen Ländereien an das Kloster vermieten.

Am 31. März 2011 empfing der türkische Präsident Gül die christliche Delegation. Auch hier der formale Hinweis auf die laufenden Gerichtsverfahren. Die Einladung der Präsidenten Erdogan und Gül an die Bischöfe war nach unserer Ansicht nichts anderes als herablassende Basta-Politik, die sich nicht an die Bischöfe richtete, sondern die dem Ausland signalisieren sollte: Seht her, wir sind zu Gesprächen bereit auf der Basis, dass man die Türkei als

Rechtsstaat anerkennen und achten möge. Das Angebot, dann dem Kloster die früheren eigenen Ländereien zu vermieten, ist jedoch eine weitere Form der Enteignungspolitik gegenüber der christlichen Minderheit. Wenn es die europäischen Politiker hinnehmen, dass Verfahren angestrengt werden, um letztendlich nur zu einem Vergleich zu kommen, dessen Ergebnis allein die Christen auf ihrem Rücken auszutragen haben, dann ist das ein Muster für weitere Prozesse, mit dem das Ende des Christentum nicht nur im Tur Abdin besiegelt wird.

Mit den Enteignungen vom Januar und Februar und den nächsten noch anstehenden Prozessen im Mai ist zu befürchten, dass auch den letzten in ihrer angestammten Heimat heute noch verbliebenen 2.500 bis 3.000 Christen das als geistliches Zentrum dienende Kloster weggenommen und zu einem touristischen Ausstellungsobjekt umfunktioniert wird. Das hätte die vollständige Zerstörung einer ethnischen und religiösen, nämlich christlichen Minderheit, zur Folge. Und das unter den Augen der Politiker Europas, die gleichzeitig der Türkei den Weg nach Europa ebnen und der türkischen Regierung Mitspracherecht in Deutschland einräumen.

Abzuwarten, wie Berufungsgerichte in Ankara entscheiden, wäre nicht nur unterlassene Hilfeleistung für die christliche Minderheit der syrisch-orthodoxen Christen und ihr geistliches Zentrum im Tur Abdin, sondern Akzeptanz des Verschwindens einer nicht-muslimischen Minderheit in der Türkei.

Sehr geehrte Abgeordnete, bitte mischen Sie sich ein! Erheben Sie Ihre Stimme offen und deutlich, damit es nicht nur Ministerpräsident Erdogan und Präsident Gül hören, sondern auch die letzten Christen in der Türkei und alle besorgten Bürger Europas. Das türkische Schatz- und das Forstamt müssen auf die Vereinnahmung der Ländereien des Klosters verzichten. Stellen Sie finanzielle Mittel zur Unterstützung der Christen für weitere Prozesse und andere gegen sie gerichtete Maßnahmen bereit. Auch das Auswärtige Amt und die hinter ihm stehenden Parteien sollten aktiv werden. Die türkische Regierung muss den Christen gleiche Rechte wie anderen Bürgern gewähren und Hab und Gut der Christen achten oder *„Tür zu“ für weitere Beitrittsverhandlungen!*

.....

.....

Vorname, Name, Adresse, Unterschrift, Datum

An die IGFM: - Ich unterstütze den Appell (.....)

Mein Name soll in der Anzeige erscheinen (.....)

Mein Name bitte nicht veröffentlichen (.....)

Ich spende dafür (.....) Euro. (*Kennwort: "Anzeige 15"*)